



Rechtsextreme Aktivitäten im vorpolitischen Raum

Eine Informationsreihe
des Kulturbüro Sachsen e. V.



Rechtspopulisten auf Sachsentour?

Wie das Bündnis „Arbeit, Familie, Vaterland“ (AFV) rechtsextreme Position nutzt und warum Demokraten sich dazu kritisch verhalten müssen

„Offen, ehrlich, unbequem – Henry Nitzsche“ – mit solchen Parolen werben seit anderthalb Jahren das Bündnis „Arbeit, Familie, Vaterland“ (AFV) und sein Vorsitzender vor allem im sächsischen Landkreis Bautzen um Wählerstimmen. Nitzsche und seine Truppe erwecken den Anschein, erfrischende Außenseiter in der etablierten Politik zu sein: „Wir wollen die Demokratie lebendiger gestalten“, heißt

es.¹ Das Bündnis bekennt sich zu christlichen Werten und wirbt unverfänglich mit Verständnis für die Probleme der Menschen. Das kommt an, wie die Kommunalwahl im Juni 2009 zeigte. Fragen sind jedoch angebracht: Warum bekommt Nitzsche immer wieder Applaus von der *NPD*? Ist die Losung „Arbeit, Familie, Vaterland“ nur wertkonservativ oder demokratiefeindlich? Wo ist das Bündnis am politischen rechten Rand einzuordnen? Mit diesem Informationsblatt sollen einige dieser Fragen untersucht und Zusammenhänge aufgezeigt werden. Machen Sie sich damit ein eigenes Bild.

1. Das Bündnis „Arbeit, Familie, Vaterland“ und wie es politisch wirkt

Am 18. Februar 2008 gründete Henry Nitzsche im sächsischen Skaska, unweit seines Heimatortes Oßling in der Lausitz, das Bündnis „Arbeit, Familie, Vaterland – Liste Henry Nitzsche“ (AFV). Nitzsche krönte seine bis dahin unstete politische Laufbahn mit dem Posten als Vorsitzender.² In die Politik ging der heute 50jährige – Verwaltungs- und Betriebswirt, im Herbst 1989 als Mitglied bei der DDR-Opportunistenbewegung *Demokratischer Aufbruch*. 1990 wechselte er zur *Deutschen Sozialen Union (DSU)*. Von 1991 bis 1994 amtierte er als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Oßling. Bereits 1993 trat er der *CDU* bei, für die er ab 1994 acht Jahre im sächsischen Landtag saß und 2002 direkt in den Bundestag gewählt wurde. 2006 warf er auch in der *CDU* das Handtuch.

Auslöser für den Bruch waren rechtspopulistische Äußerungen. Nitzsche war schon 2003 mit rechtspopulistischen Ausfällen im Zuge der Affäre um seinen *CDU*-Parteifreund Martin Hohmann aufgefallen. Dieser hatte in einer Rede Überlegungen angestellt, ob sowohl Juden als auch Deutsche gleichermaßen als Tätervolk bezeichnet werden können. Er war dafür aus Partei und Fraktion ausgeschlossen worden. Heute ist Hohmann Ehrenmitglied in dem von Nitzsche gegründeten Bündnis. Dessen Vorsitzender selbst fiel auch danach immer wieder mit nationalistischen Tönen und Vorurteilen gegen Homosexuelle auf. Nach scharfer Kritik auch aus seiner eigenen Partei verließ er diese Ende 2006 und ist derzeit noch fraktionsloser Abgeordneter im Bundestag. 2009 kandidierte er als Direktkandidat für den sächsischen Landtag. Seine Direktkandidatur für den Deutschen Bundestag zog er fünf Wochen vor den Bundestagswahlen überraschend zurück.

Nitzsche setzt dabei auf seine Bekanntheit, die er durch sein öffentlichkeitswirksames Engagement im sozialen und kirchlichen Bereich steigert. Durch die unkritische Begleitung lokaler Medien, die ihn bei der Essensausgabe in der Suppenküche oder beim Engagement im Schulförderverein zeigen, wird der Eindruck vermittelt, das Bündnis mit seinem Vorsitzenden sei eine wählbare Alternative. Allerdings gibt es auch Indizien für interne Querelen. Schon Ende 2008 trat mit dem Kreisrat Maik Förster ein prominentes Mitglied aus. Er begründete dies mit seinen „christlich-jüdischen Wertvorstellungen“³. Die vermisse er jedoch in Äußerungen, mit denen Nitzsche seine Bewerbung als Ausländerbeauftragter im Landkreis begründet hatte. Mit 13 Stimmen erzielte dieser dabei das zweitbeste Ergebnis.⁴ Während sich Nitzsche in seiner Heimat als Volksvertreter inszeniert, der für die Belange des „kleinen Mannes“ eintritt, geraten die Verbindungen zu rechtsextremen Gruppierungen und sein Rechtspopulismus leicht aus dem Blick. Der *NPD*-Fraktionschef im Kreistag Bautzen meinte unlängst in einer Pressemitteilung: „Herr Nitzsche, lassen Sie sich nicht einschüchtern, halten Sie weiter mutig politischen Kurs. Deutschland braucht solche Politiker mit Rückgrat und Mut wie Sie!“⁵ Wie nahe das Bündnis AFV an den Positionen der *NPD* ist, zeigt der Landtagswahlkampf 2009: Der Wahlkreis 55 in Hoyerswerda, in dem sich Nitzsche um ein Mandat bewirbt, ist der einzige in ganz Sachsen, in dem die *NPD* auf einen eigenen Direktkandidaten verzichtet. Begründet wurde das mit einer „ganzen Reihe von programmatischen Übereinstimmungen“⁶. Nitzsche hat sich hierzu bisher – trotz Aufforderung der demokratischen Parteien – lediglich nichtssagend geäußert.

2. „Arbeit, Familie, Vaterland“ – Wie eine rechtsextreme Kampfparole hoffähig wird

Der Slogan „Travail, Famille, Patrie“ („Arbeit, Familie, Vaterland“) war Wahlspruch des rechtsextremen französischen *Vichy-Regimes* während der deutschen Okkupation im Zweiten Weltkrieg. Damit grenzte sich das Regime ausdrücklich von den Werten der Französischen Revolution ab, das auf „Liberté, Égalité, Fraternité“ („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“) gesetzt hatte. 2002 griff der Präsidentschaftskandidat des rechtsextremen französischen Front National, Jean-Marie Le Pen, die Parole im Präsidentschaftswahlkampf auf. 2004 wurde sie von der *NPD* erstmals in bundesdeutschen Wahlkämpfen verwendet. Ihr sächsischer Landesparteitag im September 2004 stand unter diesem Motto, das innerhalb der Szene für Aufbruchstimmung im Wahlkampf sorgen sollte. Kurz darauf zog die *NPD* erstmalig in den Dresdner Landtag ein. Auf einem *CDU*-Plakat für die Bundestagswahl 2005 warb dann erstmals auch Henry Nitzsche mit dieser Parole. Mit der Gründung seines Bündnisses unter genau diesem vorbelasteten Motto zeigt Nitz-



sche, dass es ihm nicht nur um drei populäre Begriffe geht. Hinter der Parole verbergen sich viele Elemente rechtsextremer Ideologie. Das sollen die nachfolgenden Kapitel belegen.

3. Wie das Bündnis „Arbeit, Familie, Vaterland“ die Denkweise der Rechtsextremen aufgreift

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit bezeichnet eine ablehnende und feindselige Haltung gegenüber allem, was im Vergleich zu den vertrauten Lebensumständen als fremd und deshalb bedrohlich empfunden wird. Sie richtet sich gegen Menschen, die sich durch Herkunft, Nationalität, Religion oder Hautfarbe von der eigenen sozialen Umwelt unterscheiden. *AFV-Mann Nitzsche macht aus seiner Fremdenfeindlichkeit keinen Hehl. Im Dezember 2008 kandidierte er für das Amt des Ausländerbeauftragten im Landkreis Bautzen. Sein Ziel: Er wolle „den hier ansässigen Ausländern bei der Organisation ihrer Heimreise behilflich zu sein“. Demokratische Parteien protestierten, die NPD unterstützte ihn. In der Bewerbungsrede hieß es: „Wenn aber jemand erstmal aufgefordert werden muß, sich zu integrieren, dann läuft doch etwas falsch. Wer hierher kommt, muß sich unseren Gepflogenheiten anpassen. [...] Wer aber nicht will, der kann gerne wieder gehen.“⁷ Was „unsere Gepflogenheiten“ sind, wollen Nitzsche und das AFV selbst definieren.*

Auf einer Tagung der belgischen rechtsextremen Partei „Vlaams Belang“ im Jahr 2009 referierte er: „Im Kreis Bautzen leben derzeit etwa 300 Asylbewerber. Für die gab die Verwaltung in der Vergangenheit rund drei Millionen Euro pro Jahr aus. Drei Millionen Euro! Das sind 10.000 Euro pro Asylant, das muß man sich einmal vorstellen.“⁹ Menschen, das zeigen solche Äußerungen,

werden von Nitzsche danach beurteilt, was sie kosten. Dass Flüchtlinge (Nitzsche selbst spricht diskriminierend nur von „Asylanten“) nur in äußersten Notsituationen ihre Länder verlassen, um Zuflucht zu suchen, die ihnen hierzulande juristisch zustehen sollte, spielt dabei keine Rolle. Verbessern will Nitzsche nicht einmal die Bedingungen von Asylbewerber_innen in Abschiebehaft.¹⁰ Fremdenfeindliche Äußerungen finden sich auch auf der Internetseite des Bündnisses:¹¹



Rassismus

Rassismus ist die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion, Kultur, Nationalität oder Herkunft. Obwohl das Programm des Bündnisses *AFV* nicht eindeutig rassistisch ist, fielen Mitglieder mit rassistischen

Äußerungen auf. So sprach Vorstandsmitglied Jürgen Kötzing im Mai 2009 in einer Ratssitzung in Wachau im Zusammenhang mit einer Auftragsvergabe abwertend von einem „Negerdorf“. Auch nach Verwarnung durch den Bürgermei-

ster entschuldigte er sich nicht.¹² Dass Menschen afrikanischer oder türkischer Abstammung jemals „Angehörige des deutschen Volkes“ werden könnten, zweifelte Nitzsche schon in einer Rede im April 2008 an: „Wir sind ja dann kein Volk von Deutschen mehr, [...] Also, es gibt den Afro-Deutschen, den Türken-Deutschen und alles Mögliche. Wir sind dann nur noch die deutschstämmigen Deutschen.“¹³ Das Bündnis fordert: „...die Abschaffung des Geburtsortsprinzips und dagegen das Abstammungsprinzip als einzige Möglichkeit des Erwerbs der Staatsbürgerschaft durch Geburt. Deutscher kann außerdem nur werden, wer über einen ausreichenden Zeitraum in Deutschland lebt, der deutschen Sprache mächtig ist, nicht gegen deutsches Recht verstößt

Verdrehung der Geschichte

Das Verdrehen der Geschichte, der so genannte Geschichtsrevisionismus ist in Deutschland ein zentrales Thema der extremen Rechten. Ziel ist es vor allem, Kriegshandlungen der Alliierten und ihre Auswirkungen auf die deutsche Bevölkerung einseitig zu betonen, um so die nationalsozialistischen Verbrechen zu verharmlosen oder zu rechtfertigen. Henry Nitzsche vertritt klar geschichtsrevisionistische Positionen. So forderte er im Juli 2006 in einer Rede, man soll „endlich vom Schuld kult runterkommen“.¹⁵ Der Begriff ist dem NPD-Vokabular entliehen, deren Führung am 8. Mai 2005 gegen den vermeintlichen „Schuld kult“ der Bundesregierung wettete.¹⁶ Bei Nitzsche handelt es sich nicht um einen einmaligen Ausrutscher. Auf einem Seminar der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) sagte er: „Ich trage nicht die Schuld meiner Väter, insofern sie überhaupt eine haben.“¹⁷ Die SWG, auf der Nitzsche auftrat, relativierte in der Vergangenheit mehrfach die deutsche Kriegsschuld im Zweiten Weltkrieg oder den Holocaust und forderte Straffreiheit für Holocaust-Leugner.¹⁸

Mit der Forderung, die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen zu beenden, versuchen Rechtsextreme verstärkt, die öffentliche Debatte um die Erinnerung zu bestimmen. Sie wollen Deutsche ausschließlich als Opfer

Übersteigter Nationalstolz

Ein übersteigter Nationalismus, verbunden mit Hass oder Verachtung gegen andere Völker, wird als Chauvinismus bezeichnet. Das Bündnis AFV vertritt solche Positionen.

So hält es Nitzsche für unverständlich, warum bei offiziellen Anlässen nicht die vollständige Nationalhymne gesungen wird – einschließlich der Passage „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“. Er erklärte, dass die meisten Menschen gar nicht wüssten, dass das Absingen aller drei Strophen keine rechtlichen Konsequenzen nach sich ziehen.

Tatsächlich ist das Singen der ersten und zweiten Strophe des „Deutschlandliedes“ nicht strafbar. Allerdings gehören beide schon seit 1952 nicht mehr zur bundesdeutschen Nationalhymne. Auslöser waren die durch übersteigerten deutschen Nationalismus entfesselten Weltkriege. Der Text „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“ unterstellt, das deutsche Volk sei mehr wert als andere Nationen. Die besungenen Gewässer bezeichnen die Grenzen des Deutschen Bundes von

und sich unsere moralischen und kulturellen Werte und Regeln zu eigen macht. Es gilt der Grundsatz. Deutscher kann nur werden, wer Deutscher sein will!“¹⁴ Das Abstammungsprinzip beruht auf der rassistischen Idee einer angeblichen Blutsverwandtschaft eines Volkes und reicht im Deutschen Reich bis 1913 zurück. Im Nationalsozialismus war die Idee einer blutsverwandten arischen Rasse dann Kernpunkt der Ideologie von Blut und Boden. Sie half entscheidend, das Vernichtungsprogramm der Nationalsozialisten zu begründen. In der Bundesrepublik wurde die Regelung im Jahr 2000 durch ein Prinzip ergänzt, welches unter bestimmten Bedingungen auch eine deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund des Geburtsortes eines Kindes erlaubt.

darstellen. Diese Argumentation findet sich bei Nitzsche wieder, der hingegen über die Kriegsverbrechen der Deutschen nie ein Wort verliert. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte indes schon 1985 betont: „Wer [...] vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit [der NS-Diktatur, Anm. d. Verf.] nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“¹⁹

Abfällige Vorurteile pflegt Nitzsche auch gegenüber den Nachbarländern Polen und Tschechien. Dies seien, sagte er im Februar 2009, „Länder, die Millionen von Deutschen nach 1945 aus ihrer Heimat brutalst vertrieben haben und sich Gebiete aneigneten, die seit Jahrhunderten zu Deutschland gehörten.“²⁰

Dagegen stellte die CDU/FDP-Regierung 1997 für die Bundesrepublik klar, dass erst „die nationalsozialistische Gewaltpolitik gegenüber dem tschechischen Volk dazu beigetragen hat, den Boden für Flucht, Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung nach Kriegsende zu bereiten.“ Die deutsche und tschechische Regierung wollen an die Verbrechen der NS-Diktatur erinnern und der „Verständigung und dem gegenseitigen Einvernehmen Vorrang einräumen“²¹ – eine Haltung, die Nitzsche offenkundig nicht teilt.

1839: die Maas in den Niederlanden, die Memel an der Grenze zwischen der russischen Enklave Kaliningrad und Litauen, die Etsch in Oberitalien und die Meerenge Belt in Dänemark.²³ Wer, wie deutsche Rechtsextreme, Deutschland in diesen Grenzen besingt und damit versucht, heutige Grenzen zu verschieben, verweigert sich historischen Tatsachen und befördert einen übersteigerten und damit gefährlichen Nationalstolz.

Nitzsches Bündnis vertritt auch europafeindliche Positionen. Auf einer Tagung der belgischen rechtsextremen Partei „Vlaams Belang“ im Februar 2009 zum Thema „Flämisches Geld in flämischen Händen“ klagte Nitzsche, die Bundesrepublik zahle jährlich 7,1 Milliarden Euro Netto an die EU. Mit dem Geld werde die Aufnahme von Ländern wie Tschechien und Polen in die EU bezahlt. Die Mittel würden, so unterstellte er, daher verwendet, „damit Polen und Tschechen ihren Lebensstandard verbessern können.“²² Auf der Internetseite des Bündnisses wird das Wahlkampfmotto der rechtsextremen DVU „Erst Deutschland, dann Europa!“ wortwörtlich übernommen.²⁴

Eine solche Argumentation ist fatal; schließlich bietet die Europäische Union, die von Nietzsche zu Gunsten einer deutschen Autonomie abgelehnt wird, für die Bundesrepublik viele Vorteile. Dafür sorgte nicht zuletzt die Schaffung des europäischen Binnenmarktes ab 1993. Der exportorientierten deutschen Wirtschaft boten sich damit große Wettbewerbsvorteile und die Eröffnung neuer Absatzmärkte zum Beispiel in Osteuropa, wodurch Tausende Arbeitsplätze in der deutschen Industrie erhalten werden konnten. Zudem greift die Beschränkung der europäischen Idee auf rein

Feindlichkeit gegenüber Muslimen

Islamfeindlichkeit ist eine besondere Form der Fremdenfeindlichkeit, bei der Muslime, ihre Kultur und ihre Aktivitäten abgelehnt werden.

Auch diese Facette rechtsextremen Denkens ist dem Bündnis AFV und seinem Vorsitzenden nicht fremd. Schon 2003 sagte Nietzsche über das Wahlverhalten von schon lange in Deutschland lebenden Muslimen, eher würde diesen „die Hand abfaulen, als dass sie die CDU wählen.“²⁵ Zudem vertrat er die Ansicht, „die Geschichte des Kreuzes hat Deutschland gut getan. Der Islam bereichert uns dagegen nicht.“²⁶ Im September 2008 präsentierte er auf dem Anti-Islamkongress der rechtsextremen Bürgerinitiative „Pro Köln“ ein Transparent mit dem Motto „Sachsenmut stoppt Moslemflut“²⁷. Einschlägige Parolen finden sich auch auf der Internetseite des Bündnisses:²⁸ Wohin solche islamfeindlichen Einstellungen führen können, hat der Mord an der jungen Ägypterin Marwa E. am 1. Juli 2009 im Dresdner Landgericht vor Augen geführt. Mitten im Gerichtssaal stach der Täter, der Marwa E. wegen ihres Kopftuches zuvor als „Islamistin“ und „Terroristin“ beschimpft hatte, immer wieder auf sein Opfer ein. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland sieht das Verbrechen als das Resultat einer jahrelangen antimuslimischen Hetze in Deutschland an, die aber

Alte Rollenbilder für Frauen

Rechtsextreme, aber auch wertkonservative Interessengruppen, legen Frauen (und Männer) häufig auf überholte Rollenbilder fest.

Das gilt auch für Henry Nietzsche, der mit der Familien- und Geschlechterpolitik der NPD sympathisiert. Sie verlangt, so lautet einer ihrer Anträge, die „Beendigung der Geschlechtergleichmacherei“.³¹ Nietzsche schimpfte auf die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, die derartige NPD-Forderungen wegen der Nähe zu NS-Positionen im Landtag von der Tagesordnung kippte.³²

Nietzsche stellt sich damit gegen die Ergebnisse jahrzehntelanger Bemühungen um die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen, die unsere Gesellschaft grundlegend verändert haben. Starre Geschlechterrollen, wonach Frauen nur „erziehende Mutter“ zu sein und Männer das Geld für den Unterhalt der Familie zu verdienen haben, sind überholt. Im 21. Jahrhundert sind Frauen und Männer gleichberechtigt; Männer haben beispielsweise gleiche Pflichten bei der Erziehung von Kindern, Frauen dieselben Rechte auf dem Arbeitsmarkt und bei der Entlohnung. Wer Unterschiede zwischen Geschlechtern zum Programm macht, will an der Ungleichbehandlung von Frauen festhalten.

wirtschaftspolitische Interessen, wie sie von Nietzsche unterstellt werden, zu kurz: Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Mitglieder trug dazu bei, dass Kriege zwischen europäischen Staaten in den letzten 60 Jahren Ausnahmereisereignissen geblieben sind. Eine ausschließlich national orientierte Politik ohne den Rahmen der EU ist daher weder wirtschaftlich, kulturell noch sicherheitspolitisch sinnvoll. Mit seinen chauvinistischen Positionen spielt das Bündnis AFV lediglich mit sozialen Ängsten in der Bevölkerung.

klein geredet werde. Er sieht eine „gefährliche und äußerst beunruhigende antidemokratische Entwicklung in Deutschland“.²⁹ Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, sagte nach dem Mord: „Man muss kein Moslem sein, um sich gegen anti-muslimisches Verhalten zu wenden, und man muss kein Jude sein, um gegen Antisemitismus vorzugehen.“³⁰



Nietzsche zieht auch für ein überholtes Familienbild zu Felde, indem er die Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften verteufelt. Er klagt, die Familie als „klassischer Zusammenschluss, das heißt Vater, Mutter und Kind“, nehme immer mehr ab, wohingegen sich Einzelhaushalte und „sogenannte“ alternative Lebensformen immer größerer Beliebtheit erfreuten. Vor allem aber werde die „sich aus dem Grundgesetz ergebende“ rechtliche Sonderstellung der Ehe durch die zunehmende Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aufgeweicht. Der Gipfel aller Unbill: Lebenspartner homosexueller Beamter sollten in die Altersvorsorge eingeschlossen werden, was „eine vollständige Gleichstellung mit einer normalen Ehe bedeuten würde.“ Das sei, wettete er, „klar verfassungswidrig“.³³

Hier irrt Nietzsche freilich. In Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es, „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“. Was unter Ehe und Familie zu verstehen ist, wird bewusst nicht ausgeführt. Selbstverständlich stehen daher auch andere als herkömmliche Formen von Familie und Ehe im Einklang mit dem Grundgesetz. Die Ansichten Nietzsches zu den Rollen der Geschlechter ähneln auffällig denen der NPD-Frauenorganisation „Ring

nationaler Frauen“. Demnach sei „der weibliche Teil Hausfrau und Mutter“. ³⁴ Die NPD hält an vermeintlichen Unterschieden zwischen den Geschlechtern fest und versucht so, Frauen in die private Sphäre zu verdrängen. Öffentliche Aufgaben und die Gestaltung der Gesellschaft sollen

Ablehnung von Homosexuellen

Rechtsextreme sind häufig feindselig gegenüber Homosexuellen eingestellt, weil sie deren sexuelles Verhalten und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit für abweichend von der Norm halten.

Auch das Bündnis AFV akzeptiert nur die sexuelle Beziehung zwischen Männern und Frauen und erklärt alle anderen sexuellen Vorlieben für „unnormale“. Im Juni 2006 bezeichnete Nitzsche die frühere rot-grüne Bundesregierung als 'Multikulti-Schwuchtel'. ³⁶ Im April 2008 beschwerte er sich darüber, dass die bündnisgrüne Bundestagsfraktion die Regierung aufforderte, sich gegen die schwerwiegende Benachteiligung Homosexueller in anderen Staaten einzusetzen. Eine Initiative der FDP zur Verbesserung der gesetzlichen Lage von Transsexuellen erklärte er für lächerlich. Die Gleichbehandlung von Menschen mit anderer als einer heterosexuellen Orientierung lehnt Nitzsche grundsätzlich ab. Die

von Männern dominiert werden. Diese Vorstellungen von Familie und Geschlechterrollen sind aber weder mit dem Grundgesetz noch mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar. ³⁵

gesetzliche Gleichstellung von Menschen, deren sexuelle Vorlieben nicht heterosexuell geprägt sind, ist für ihn in keiner Weise nachvollziehbar. ³⁷ Das Engagement für die „Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender“ löse bei ihm nur Kopfschütteln aus, wie er in einer Bundestagsrede im März 2009 angab. ³⁸

Allerdings kann und will eine offene, demokratische Gesellschaft niemals gleichförmig und einheitlich sein. Menschen haben unterschiedliche Interessen, Ziele, Lebensentwürfe und auch sexuelle Vorlieben. Sich zu diesen bekennen und sie ausleben zu können, gehört in einer demokratischen Gesellschaft zu den grundlegenden und verfassungsmäßigen Menschenrechten. Wer Menschen mit anderer sexueller Orientierung als der eigenen anlehnt, schafft Unfrieden, der in verbalen Angriffen, in Benachteiligung oder gar Gewalt münden kann.

4. Wie das Bündnis mit der extremen Rechten in Europa zusammenarbeitet

Auf ihrer Internetseite verweist das Bündnis AFV nicht nur auf die regionale Presse, sondern auch zur *Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ*, der *Jungen Freiheit*, zu *Vlaams Belang* und *Pro Köln*. ³⁹ Sie alle unterhalten enge Kontakte zur rechtsextremen Szene oder sind dieser direkt zuzurechnen.

Die Links dürfen als Zeichen politischer Nähe gedeutet werden. So folgte Nitzsche im Februar 2009 einer Einladung von *Vlaams Belang* („Flämische Interessen“) nach Belgien. Die Partei ist direkter Nachfolger des 2004 vom Verfassungsgericht verbotenen *Vlaams Blok* ⁴⁰, dessen Wurzeln in einem Zusammenschluss paramilitärischer und rechtsextremer Gruppen lagen. Sie setzt sich für die Unabhängigkeit Flanderns ein, bedient dabei fremdenfeindliche und nationalistische Parolen und gilt als rechtsextrem. ⁴¹

Die *Junge Freiheit (JF)* ist eine deutsche Wochenzeitung, die als Bindeglied zwischen konservativen Kreisen und extremer Rechter wirkt. Sie wurde als überregionales Medium auf der Homepage vom Bündnis AFV verlinkt. In dem Blatt werden regelmäßig Positionen der so genannten Neuen Rechten ⁴² wiedergegeben, die zwar auf Distanz zu NS-Positionen geht, aber einen erneuerten völkischen Nationalismus schaffen will. Zwar vermeidet die Zeitung, die bis 2005 von mehreren Verfassungsschutzbehörden beobachtet wurde, eindeutige rechtsextreme Äußerungen. Trotzdem bestehen keinerlei Berührungspunkte zu führenden Neonazis. ⁴³

Die rechtsextreme Wählergruppe *Pro Köln*, die vor allem gegen eine angebliche Islamisierung Deutschlands kämpft, unterhält ausgesprochen gute Kontakte zu Nitzsche und lud ihn mehrfach als Redner ein. *Pro Köln* veranstaltete im September 2008 und im Mai 2009 so genannte Anti-Islamisierungskongresse, die aber auf breiten gesellschaftlichen Widerstand stießen. Neben Nitzsche sollte auf diesen Kon-

gressen auch der französische Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen vom *Front National* reden. Der *FN* gilt als eine der erfolgreichsten rechtsextremen Parteien in Europa und unterhält Kontakte zu verschiedenen internationalen Neonazi-Netzwerken. ⁴⁴ Als Redner waren auch führende Politiker der *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)* angekündigt. Auf deren Ausrichtung hatten zunächst ehemalige SS-Offiziere und NSDAP-Mitglieder großen Einfluss. Einem Bericht für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zufolge gilt sie jetzt als „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise“ ⁴⁵, die fremdenfeindliche, antisemitische und nationalistische Positionen vertritt.

Alle diese Beispiele zeigen, dass das Bündnis AFV mit seinem Vorsitzenden Henry Nitzsche zwar formal auf Distanz zur neonazistischen deutschen NPD bedacht sein mag, sich grundsätzlich aber nicht vor engen Kontakten mit rechtsextremen Gruppen scheut.



13. Februar 2009 in Dresden/ von links nach rechts: Ronny Thomas (verurteilter rechtsextremer Gewalttäter); Wolfgang Schwarz (Stadtrat des Nationalen Bündnis Dresden); Arne Schimmer (Redakteur der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“); Jens Baur (NPD-Kreischef Dresden); Henry Nitzsche (AFV-Vorsitzender); Holger Szymanski (Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion)

5. Fazit

Auch wenn Henry Nitzsche selbst kein Rechtsextremer ist, so vertreten er und sein Bündnis AFV rechtspopulistische Positionen, die in vielen Punkten eng an die Denkweise und Überzeugungen der Rechtsextremen anknüpfen. Das Bündnis und sein Vorsitzender stellen wichtige Artikel unseres Grundgesetzes in Frage, in denen es um die Gleichheit von Menschen, unabhängig ihrer ethnischen Herkunft, ihres Glaubens, des Geschlechts oder sexueller Vorlieben geht. Mit ihren Positionen sorgen Nitzsche und das Bündnis dafür, dass sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ausbreiten und Vorurteile gegen Minderheiten, die Europäische Union und unsere Nachbarn in Polen und Tschechien wachsen.

Das alles steht in deutlichem Widerspruch zu den Grundlagen unserer verfassungsmäßigen Ordnung, aber auch zum vermeintlichen Bekenntnis des Bündnisses AFV zu christlichen Werten. Christlicher Glaube ist mit der vom Bündnis vertretenen Einstellung, manche Menschen, Lebensweisen und Denkart abzulehnen, nicht vereinbar. Die Landessynode der Evangelischen Kirche von Berlin, Brandenburg und der Schlesischen Oberlausitz ⁴⁶ sowie die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens haben das unmissverständlich klargestellt. Sie erklärten im Mai 2009, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitis-

mus und Fremdenfeindlichkeit seien „mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar.“ Landesbischof Jochen Bohl zitiert den Galaterbrief des Apostel Paulus mit den Worten: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“.

Zwar mag das Bündnis AFV beteuern, dass es sich von der NPD unterscheidet und fest auf dem Boden unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung steht. Auffällig ist aber, wie häufig es wegen seiner Positionen Zustimmung von der NPD erhält. Das Bündnis AFV und Henry Nitzsche sind für Demokraten daher keine wählbare Alternative!

Wir bitten Sie daher:

- Nehmen Sie ihre demokratischen Mitbestimmungsrechte ernst und geben Sie bei Wahlen den Parteien und Kandidaten ihre Stimme, die für Menschenrechte und eine freiheitlich demokratische Grundordnung stehen.
- Verhindern Sie damit nicht nur den Einzug rechtsextremer Parteien in Kommunal, Kreis-, Landes- und Bundesparlamente, sondern auch das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte, zu denen das Bündnis „Arbeit, Familie, Vaterland“ eindeutig gehört.

1 <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2169491>
2 www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/buendnis/geschichte.html, Stand 31. Juli 2009
3 www.redok.de/content/view/1257/38/ vom 10.12.2008
4 NPD und Bündnis AFV haben im Kreistag zusammen 9 Sitze, Nitzsche erhielt damit vier Stimmen aus anderen Fraktionen.
5 http://www.news4press.com/Mario-Ertel-NPD-Fraktion-im-Kreistag-wi_415405.html, Stand 31. Juli 2009
6 <http://gesamtrechts.wordpress.com/2009/06/25/sachsen-ndp-verzichtet-zu-gunsten-von-henry-nitzsche/>, Stand 31. Juli 2009
7 Die Schreibweise ist jeweils dem Original entnommen.
8 <http://www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/buendnis/aktuelle-meldungen/meldung/article/bewerbungsrede-zum-auslaenderbeauftragten.html>, Stand 31. Juli 2009
9 www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/nitzsche/reden/rede/article/rede-henry-nitzsche-zu-flaemisches-geld-in-flaemischen-haenden.html, Stand 31. Juli 2009
10 www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/nitzsche/reden/rede/article/asylopolitik-in-deutschland.html, Stand 31. Juli 2009
11 www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/dafuer-stehen-wir/positionen.html, Stand 31. Juli 2009
12 Sächsische Zeitung, 15.05.2009
13 www.deutschlandjournal.de/Deutschland_Journal_Sonderausg/04Henry_Nitzsche_-_Was_ist_faul_in_Deutschland.pdf, Stand 31. Juli 2009
14 <http://www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/buendnis/dafuer-stehen-wir/10-punkte.html>, Stand 10.11.2009
15 www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,451710,00.html, Stand 31. Juli 2009
16 www.tagesschau.de/inland/meldung184016.html, Stand 31. Juli 2009
17 http://www.deutschlandjournal.de/Deutschland_Journal_Sonderausg/04Henry_Nitzsche_-_Was_ist_faul_in_Deutschland.pdf, S.55
18 Stephan Braun, Daniel Hörsch (Hrsg.): Rechte Netzwerke, eine Gefahr. VS Verlag, Wiesbaden 2004, S. 116f.
19 Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges.
20 www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/nitzsche/reden/rede/article/rede-henry-nitzsche-zu-flaemisches-geld-in-flaemischen-haenden.html, Stand 31. Juli 2009
21 vgl.: Deutsch-tschechische Erklärung ..., aufgefunden unter: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/havel/havel2.html>, Stand 31. Juli 2009-08-17
22 www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/nitzsche/reden/rede/article/rede-henry-nitzsche-zu-flaemisches-geld-in-flaemischen-haenden.html, Stand 31. Juli 2009
23 vgl. u.a.: Zeichner, Jürgen, Einigkeit und Recht und Freiheit, Köln: PapyRossa, 2008
24 <http://www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/dafuer-stehen-wir/10-punkte.html> und http://www.news4press.com/Die-DVU-tritt-zur-Europawahl-2009-an_455869.html, Stand 31. Juli 2009
25 www.deutschlandjournal.de/Deutschland_Journal_Sonderausg/04Henry_Nitzsche_-_Was_ist_faul_in_Deutschland.pdf, Stand 31. Juli 2009
26 Ebenda
27 www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/dafuer-stehen-wir/positionen.html, Stand 31. Juli 2009
28 <http://www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/dafuer-stehen-wir/positionen.html>, Stand 31. Juli 2009
29 <http://islam.de/12697.php>, Stand 31. Juli 2009
30 <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,634743,00.html>, Stand 31. Juli 2009
31 http://www.deutschlandjournal.de/Deutschland_Journal_Sonderausg/04Henry_Nitzsche_-_Was_ist_faul_in_Deutschland.pdf, Stand 30. Juni 2009
32 www.deutschlandjournal.de/Deutschland_Journal_Sonderausg/04Henry_Nitzsche_-_Was_ist_faul_in_Deutschland.pdf, Stand 31. Juli 2009
33 Ebenda
34 http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/pdf_datei/gender-Flugblatt.pdf, Stand 31. Juli 2009
35 Siehe: Grundgesetz Artikel 3, Absatz 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ und Absatz 3 „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“ sowie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Artikel II-83 „Die Gleichheit von Frauen und Männern ist in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Arbeitsentgelts, sicherzustellen.“
36 www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,451710,00.html, Stand 31. Juli 2009
37 www.deutschlandjournal.de/Deutschland_Journal_Sonderausg/04Henry_Nitzsche_-_Was_ist_faul_in_Deutschland.pdf, Stand 31. Juli 2009
38 www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/nitzsche/reden/rede/article/asylopolitik-in-deutschland.html, Stand 31. Juli 2009
39 www.arbeit-familie-vaterland.de/inhalt/presse/pressemeldungen.html, Stand 31. Juli 2009
40 Das belgische Verfassungsgericht hatte die Partei im November 2004 als rassistisch eingestuft und damit das Urteil einer niedrigeren Instanz bestätigt.
41 www.bpb.de/themen/CNCDW9,76,0,Glossar.html, Stand 31. Juli 2009
42 Unter der Neuen Rechten wird eine heterogene Ideologieströmung verstanden, welche sich von nationalsozialistischen Ideen distanzieren möchte, um einen erneuerten völkischen Nationalismus zu schaffen.; vgl. u.a.: Wolfgang Gessenharter, Thomas Pfeiffer (Hrsg.): *Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?*. VS Verl. für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004.
43 www.netz-gegen-nazis.de/artikel/ein-kommentar-zur-jungen-freiheit, Stand 31. Juli 2009
44 http://www.pro-koeln.net/artikel08/050808_kongress.htm, Stand 31. Juli 2009; Camus, *Der Front National: Zur Aktualität und Zukunft einer rechtsextremen Partei*. In: von Thadden/Hofmann. 2005. S. 109-135.
45 Athisaari/Frowein/Oreja. Die Entwicklung der politischen Natur der FPÖ. 2000, siehe: <http://derstandard.at/upload/images/bericht.pdf>, Stand 31. Juli 2009
46 Beschluss der Landessynode der Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz vom 15. und 16. Mai 2009 in dem es u.a. heißt: „Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar.“

Impressum

Rechtspopulisten auf Sachsentour?

Text und Herausgeber: Kulturbüro Sachsen e.V., Bautzner Strasse 45, 01099 Dresden, <http://www.kulturbuero-sachsen.de> und Initiative Zivilcourage Hoyerswerda, <http://www.zivilcourage-hoy.de>

Fotos: © Kulturbüro Sachsen e.V.

Layout: digi-t
Druck: Diedruckerei
Auflage: 2.veränderte Auflage,
Redaktionsschluss: 10.August 2009, Überarbeitung 09.09.2015
Erscheinungsjahr: 2009

Den elektronischen Flyer können Sie herunterladen unter www.kulturbuero-sachsen.de

V.i.S.d.P. Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V., Bautzner Strasse 45, 01099 Dresden